der jeweils aktuell Erwerbstätigen nicht nur deren eigene Lebensbedürfnisse zu befriedigen, sondern auch die sowohl der nachwachsenden wie der aus dem Erwerbsleben bereits ausgeschiedenen Generationen? Nur unter der Voraussetzung, dass diese Frage mit guten Gründen positiv beantwortet werden kann, macht eine Strategie Sinn, die auf Hilfestellungen für die Aktivierung, Kommodifizierung und Mobilisierung der Faktoren für marktliche Erwerbszwecke setzt. Wird diese Voraussetzung dagegen fraglich, wäre es im besten Falle unbedacht (und im schlechtesten zynisch), an der Egalisierung des Zuganges zu Optionen politisch zu arbeiten, die sich ohnehin nicht »für alle« realisieren lassen. Sollte es sich herausstellen, dass selbst unter Bedingungen einer generösen Optionsvorsorge gelingende Erwerbsbiografien nicht mehr als der orientierungsbildende Normalfall funktionieren, dann wird es notwendig sein, auf dem Wege über ein bedingungsloses Grundeinkommen die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum auch denjenigen zu garantieren, die bei ihrem Versuch dauerhaft gescheitert sind, sich diese Teilhabe durch eigene Erwerbstätigkeit zu verschaffen.

Ich möchte die Antwort auf diese vorgelagerte Streitfrage hier dahingestellt sein lassen und weiterhin im Einklang mit den Prämissen der vorherrschenden Reformpolitik davon ausgehen, dass die genannte gedankliche Voraussetzung nach wie vor Gültigkeit beanspruchen kann. Jedenfalls steht und fällt die Schlüssigkeit sozialliberaler Ansätze in der Gesellschaftspolitik mit einer begründbar positiven Antwort auf die beiden Fragen, ob (a) bei den Bürgern ein nachhaltiges und hinreichend weitsichtiges Interesse an ihrer eigenen Autonomie vorausgesetzt werden kann und ob vor allem (b) dieses Interesse auf angemessene Realisierungschancen am Arbeitsmarkt und generell im Wirtschaftsleben trifft.

(Auszug aus dem Buch Die Teilhabegesellschaft. Modell eines neuen Wohlfahrtsstaates *von Gerd Grözinger, Michael Maschke und Claus Offe, das 2006 im* CAMPUS-VERLAG *erschien.)*

Claus Offe (*1940)
gehört seit seiner Emeritierung an der HU Berlin im Jahr 2005 zum Professorium der *Hertie School of Governance*.
offe@hertie-school.org

Peter Pragal

Die »Freiburger Thesen« als Richtschnur

Zur Geschichte der sozialliberalen Koalition

Das schmale Bändchen aus dem Frankfurter S. FISCHER VERLAG hatte nur 96 Seiten. Aber die bargen politische Sprengkraft. *Noch eine Chance für die Liberalen Oder: die Zukunft der Freiheit* lautete der Titel. Darunter: »Eine Streitschrift.« Das Taschenbuch, das wegen der Farbe des Einbandes von begeisterten Lesern bald »grüne Bibel« genannt wurde, avancierte zum Leitfaden von Bürgern in und außerhalb der FDP, die sich als Sozial- oder Linksliberale verstanden und die Partei in diesem Sinne nachhaltig zu verändern suchten.

Autor des Manifestes war Karl-Hermann Flach. Der gebürtige Ostpreuße, der nach Gründung der DDR von Schwerin nach West-Berlin geflohen war, hatte von

1959 bis 1961 das Amt des Bundesgeschäftsführers der Liberalen inne. Danach ging er als Leitender Redakteur zur FRANKFURTER RUNDSCHAU. 1971, als sein Buch erschien, war er gerade dabei, sich wieder in den Dienst der Partei zu stellen, die seit 1969 zusammen mit der SPD und ihrem Kanzler Willy Brandt die Bundesrepublik regierte. Auf dem Freiburger Parteitag im Oktober 1971 stellte sich Flach mit den Worten vor: »Hiermit melde ich mich aus der Reserve in den aktiven Dienst der FDP zurück.« Mit überwältigender Mehrheit, bei nur einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen, wählten ihn die Delegierten zum Generalsekretär der Partei. Ein Titel, den es vorher in der Partei nicht gab.

Was Flach in seiner Streitschrift zur Zukunft des Liberalismus formulierte, war in manchen Passagen ein Tabubruch. Seit Gründung der Partei war »die besitzrechtliche Organisation der Produktion« ein Glaubenssatz, an dem niemand zu rütteln wagte. Flach stufte ihn zu einer Frage »nüchterner Zweckmäßigkeit« herab und wertete die Auffassung, dass Liberalismus und Privateigentum an Produktionsmitteln in jedem Fall identisch seien, als einen der »Grundirrtümer der jüngsten Geschichte.«

Flach wies darauf hin, dass die Marktfreiheit zu einer immer größeren Ungleichheit der Vermögensverteilung führe und dass die altliberale These, Eigentum mache frei, in der Massengesellschaft nur für eine Minderheit gelte. Flach: »Der Kapitalismus wird sich entweder weiter konzentrieren und feudalisieren und dann eines Tages hinweggefegt werden – oder er wird Wege einer echten Eigentumsstreuung finden.«

Flach wirkte auch maßgeblich an einem anderen Dokument mit, das für die FDP eine ähnliche Bedeutung erlangte wie das *Godesberger Programm* für die SPD.

In den »Freiburger Thesen«, beschlossen auf dem Parteitag 1971, wurde die sozialliberale Koalition programmatisch begründet. Wie die Sozialdemokraten suchten die Freidemokraten Antworten auf die Frage, wie der Kapitalismus gezähmt, wie die marktwirtschaftliche Ordnung humaner gestaltet werden könne, ohne ihre Leistungsfähigkeit einzubüßen. Die Antworten bestanden aus einem Bündel an Vorschlägen, zu denen die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung, neue Konzepte zur Vermögensbildung und eine Reform der Eigentumsordnung zählten. Freiheit und Glück des Menschen, so die Autoren des Freiburger Manifestes, seien für den Sozialen Liberalismus nicht nur eine Sache formaler Garantien des Bürgers gegenüber dem Staat. Vielmehr komme es auf soziale Chancen in der alltäglichen Wirklichkeit der Gesellschaft an.

Koalition als historisches Bündnis

Ausgearbeitet wurde das Grundsatzprogramm von einer Kommission, die 1970 vom Parteivorstand eingesetzt worden war. Die Leitung hatte der liberale Rechtsprofessor und spätere Bundesinnenminister Werner Maihofer, wie Flach ein Vordenker des Sozialen Liberalismus. Mitglieder des Gremiums waren unter anderem der Chef der Jungdemokraten, Wolfgang Lüder, und der damals noch als Wortführer der »Progressiven« geltende spätere FDP-Chef Martin Bangemann.

Für die Linksliberalen in der FDP war das Freiburger Manifest mehr als eine Handlungsanleitung für die künftige Regierungsarbeit. Mit den Thesen verbanden sie ein neues Selbstverständnis von einem zeitgemäßen Liberalismus, der ihnen eine vermeintlich langfristige Perspektive bot. Auch wenn sie sich im Grundsatzpapier von sozialistischen Utopien abgrenzten, sahen sie im Bündnis mit den Sozialdemokraten die historische Chance, Liberale und Sozialisten, Bürgertum und Arbeiterklasse zu versöhnen und damit eine seit der Mitte des 19. Jahrhundert bestehende Fehlentwicklung zu korrigieren.

Der Weg zu dieser Neuausrichtung war lang und immer wieder von Rückschlägen gekennzeichnet. Die nach dem Krieg in Westdeutschland gegründete FDP war in großen Teilen eine Honoratioren-Partei, die von Alt- und Nationalliberalen dominiert wurde. Sie regierte während der ersten beiden Legislaturperioden mit der CDU/CSU unter Kanzler Konrad Adenauer und setzte das Bündnis nach dem Ende einer vierjährigen Alleinherrschaft der Union 1961 fort. Zwar erwiesen sich die Freidemokaten während der bürgerlichen Koalition oft als aufsässig und unbequem. Aber der Gedanke, es auch mal mit der SPD zu probieren, war lange Zeit tabu.

Als der spätere Bundesvorsitzende Reinhold Maier 1952 in Baden-Württemberg eine Koalition mit der SPD und der Heimatvertriebenen-Partei BHE einging, drohten Parteifreunde aus anderen Bundesländern damit, den südwestdeutschen Landesverband aus der Gesamtpartei auszuschließen. Dabei hatte der als »Demi-Marxist« gescholtene Maier für die ideologischen Grundlagen der SPD keinerlei Sympathien. Als taktisch versierter Machtpolitiker nutzte er lediglich eine günstige Konstellation, um sich selbst als erster und bisher einziger freidemokratischer Ministerpräsident wählen zu lassen.

Den nächsten ernsthaften Versuch, mit der SPD zu kooperieren, unternahmen die freidemokratischen »Jungtürken« in Nordrhein-Westfalen. So nannte man eine Gruppe jüngerer Mandatsträger und Funktionäre, zu denen Walter Scheel, der spätere Landesinnenminister Willy Weyer und der Abgeordnete Wolfgang Döring gehörten. Sie zählten zur so genannten Frontgeneration, hatten als junge Offiziere den Krieg mitgemacht und verstanden sich als politische Pragmatiker. Ihnen lag daran, den Handlungsspielraum der FDP, der durch die enge Bindung an die Union eingeengt war, zu erweitern. Dazu, so ihr Kalkül, müssten sich die Liberalen für andere Regierungsbündnisse öffnen.

In Adenauer sah die junge liberale Garde ihren Hauptgegner. Ihn verdächtigten sie, er wolle die FDP spalten, den liberalen Ministerflügel zur Union hinüberziehen und die Rest-Partei in die Bedeutungslosigkeit treiben. Als dann auch noch Gerüchte aufkamen, die Union plane zu Lasten der FDP eine Reform des Bundestags-Wahlrechtes, handelten Döring und seine Mitstreiter ebenso schnell wie entschlossen. Im Februar 1956 stürzten sie in Düsseldorf Ministerpräsident Karl Arnold (CDU) und bildeten zum Entsetzen eines Teils der Mitglieder mit den bisher verfemten Sozialdemokraten eine Koalition. Aus Protest gegen den abrupten Partnertausch verließ ein knappes Drittel der FDP-Parlamentarier, unter ihnen vier Bundesminister, die Bundestagsfraktion und formierte sich als FREIE VOLKSPARTEI.

Gemeinsamkeiten in der Deutschland-Politik

Während die Abtrünnigen bald in der Bedeutungslosigkeit verschwanden, positionierte sich die FDP als »Dritte Kraft.« Die Reformer um Döring arbeiteten an einem neuen Image der Partei. Sie plädierten dafür, nicht nur die Mittelständler und Freiberufler zu hofieren, sondern auch um den Arbeiter und den einfachen Angestellten zu werben. »Wäre es nach Döring gegangen,« schreiben Peter Lösche und Franz Walter in ihrer Darstellung der liberalen Parteigeschichte, »so hätte sich die FDP auch bundespolitisch schon 1957 auf die Seite der Sozialdemokraten geschlagen und eine SPD-FDP-Koalition propagiert.« Döring sei jedoch genug Realist gewesen, um zu erkennen, dass die Mehrheit seiner Parteibasis und die Anhängerschaft nicht mitgemacht hätte.

Auf Drängen der Reformer zogen die Freien Demokraten 1957 ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf. Vielen Anhängern missfiel die Ungewissheit über die künftige Richtung der Partei. Bei der Bun-

destagswahl wurde die FDP abgestraft. Sie fiel auf 7,7 Prozent der Stimmen zurück. CDU und CSU dagegen errangen zum ersten und bisher letzten Mal im Bund die absolute Mehrheit. Im Jahr darauf verlor die FDP auch in Nordrhein-Westfalen. Das Düsseldorfer Experiment war gescheitert, der Traum von einer eigenständigen Partei als dritte Kraft zwischen den Volksparteien vorerst ausgeträumt.

Anfang der sechziger Jahre nahm Wolfgang Döring noch einmal einen Anlauf, die FDP für breite Arbeitnehmerschichten zu öffnen. Vergeblich. Die elitäre Parole »Klein, aber fein« saß fest im Bewusstsein der meisten Mitglieder. Döring, der mit seinem strategischen Weitblick das Zeug zum Parteichef gehabt hätte, erlag Anfang 1963 im Alter von 43 Jahren einem Herzinfarkt.

Koalitionen scheitern aus vielen Gründen. Weil sich das Spitzenpersonal menschlich fremd geworden ist, Teile der jeweiligen Partei gegen deren Führung aufmucken oder der kleinere Partner sich vom größeren gegängelt fühlt. Und nicht zuletzt, weil der Vorrat politischer Gemeinsamkeiten schwindet. Meistens vollzieht sich dieser Prozess schleichend; bis zum Bruch kann es lange dauern. Als die FDP unter dem Vorsitz von Erich Mende 1961 entgegen ihrer Wahlkampfparole (»Mit der CDU/CSU – aber ohne Adenauer«) noch einmal in die Regierung des greisen Kanzlers eintrat und fortan mit dem Makel »Umfallerpartei« leben musste, vergingen noch fünf Jahre. Dann war das bürgerliche Bündnis zerbrochen und Adenauers Nachfolger Ludwig Erhard zurückgetreten. In Bonn regierte die Union mit der SPD. Und die FDP saß auf den Oppositionsbänken.

In dieser Zeit war die Partei – wie so häufig in ihrer Geschichte – voller Gegensätze und Widersprüche. Nationalliberale und Progressive, Wirtschaftsliberale und linksliberale Radikaldemokraten, Pragmatiker der Mitte und rebellische Studenten vom LIBERALEN HOCHSCHULBUND rangelten um Macht und Einfluss. Während sich die bürgerliche Koalition inhaltlich auszehrte, vermehrten sich die Schnittstellen mit den Sozialdemokraten, die nach der Verabschiedung ihres *Godesberger Programms* nicht mehr als marxistische Buhmänner taugten. In der Bildungspolitik drängten beide Parteien auf Reformen. In der Rechtspolitik lagen ihre Vorstellungen dicht beieinander. Und in der Deutschland- und Ostpolitik, in der sich die Union als gänzlich unbeweglich zeigte, suchten Frei- wie Sozialdemokraten nach neuen Wegen.

Auf diesem Feld fühlten sich die Liberalen wohl zu Recht als Avantgarde. Wohl. Sie zeigten nicht nur Realitätssinn und Mut, sondern entwickelten – früher noch als die SPD – konzeptionelle Fantasie. Unter dem Eindruck des Mauerbaus legte Wolfgang Schollwer, Chefredakteur der FREIEN DEMOKRATISCHEN KORRESPONDENZ, im März 1962 eine Denkschrift vor, in der er für eine neue realistische Deutschland-Politik warb und für die staatliche Anerkennung der DDR plädierte. Wenn Fortschritte auf dem Weg zur Wiedervereinigung nur über das Akzeptieren der Zweistaatlichkeit möglich seien, so seine Begründung, dann müsse man in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz diesen Weg gehen.

Als Schollwer und der damalige Bundesschatzmeister Hans Wolfgang Rubin 1967 in Zeitschriftenbeiträgen ihre Thesen wiederholten, distanzierte sich Erich Mende zwar von deren Ansichten. Er konnte jedoch nicht verhindern, dass die FDP ihre deutschlandpolitische Vorreiterrolle forcierte. Im Januar 1969 legte die Bundestagsfraktion den Entwurf eines »Generalvertrages« mit der DDR vor, der – wie etwa die Ernennung von Ständigen Vertretern – wesentliche Punkte enthielt, die später im Grundlagenvertrag geregelt wurden. Als Willy Brandt und Walter Scheel im Oktober 1969 verkündeten

»Wir wollen es miteinander wagen«, stand die auch von der Großindustrie unterstützte neue Ost- und Deutschlandpolitik an der Spitze aller Vorhaben der sozialliberalen Koalition. Für viele Jahre wurde dieses Projekt zum wirksamsten Bindemittel des Bündnisses, vor allem, als die parlamentarische Mehrheit wegen der zahlreichen Parteiübertritte von Frei- und Sozialdemokraten zur Union vorübergehend sehr schmal wurde.

Nach der Bundestagswahl 1972, aus der SPD wie FDP gestärkt hervorgingen, wähnten sich die Linksliberalen auf der Siegerstraße. Manche, wie der Vordenker Karl-Hermann Flach, träumten sogar von einer liberalen Volkspartei. Fritz Goergen, einst Bundesgeschäftsführer, beschreibt in seinem Buch *Skandal FDP* ein Gespräch, in dem Flach diese Vision erläuterte. »Die CDU in einer Dauerkoalition mit der SPD klein regieren, den Sozis den rechten Flügel stehlen, die Freie Demokratische in die Sozialliberale Partei verwandeln und sie zur zweitstärksten im Parteisystem machen.« Eine Vision, die später unter Guido Westerwelle und Jürgen Möllemann als »Projekt 18« noch einmal herumgeistern sollte.

In Wahrheit litten die Anhänger eines sozialen Liberalismus an einer verengten Wahrnehmung. Durch die publizistische Unterstützung von Medien wie STERN und SPIEGEL wirkte die FDP Anfang der siebziger Jahre linksliberaler als sie in Wirklichkeit war. Auch im Bündnis mit der SPD blieb sie Klientelpartei mittelständischer, besitzbürgerlicher Interessen. Die Reform des Kapitalismus stand bei den Pragmatikern in Vorstand und Fraktion nie ernsthaft auf der Tagesordnung. Mit den »Freiburger Thesen«, schreiben die Politologen Lösche und Walter, sei es wie mit dem *Ahlener Pro-*

gramm der CDU von 1947 gegangen: »Es befriedigte diffuse antikapitalistische Bedürfnisse, für die praktische Politik war es ohne Belang.«

Genscherismus und Äquidistanz

Nachdem Hans-Dietrich Genscher 1974 den Parteivorsitz übernommen hatte, ging der Einfluss der Sozialliberalen auf die strategische Ausrichtung der FDP mehr und mehr zurück. Genscher wollte aus der grundsätzlichen Koalitionsfreiheit, die auch die Linksliberalen befürworteten, eine tatsächliche machen. Seine Taktik zielte darauf ab, die Freidemokraten »nach allen Seiten offen« zu halten, um am Ende der Partei den Zuschlag zu geben, bei der ein Höchstmaß an liberaler Regierungsmacht herauszuholen war. Genscher nannte das »Auflockerungsstrategie.« Andere sprachen vom »Genscherismus.« In den siebziger Jahren bedeutete dies, die FDP aus der Umklammerung der SPD zu befreien und durch einen möglichst gleichen Abstand zu beiden Volksparteien eine Situation zu erreichen, in der nicht gegen die FDP regiert werden konnte.

Die 1977 verabschiedeten »Kieler Thesen« bedeuteten die programmatische Abkehr von Freiburg. Schritt für Schritt verengte die FDP ihr Profil auf wirtschaftsliberale Themen. Exponent dieser Richtung war der neue Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, den man bald nur noch den »Marktgrafen« nannte. Selbst die Atomkraftwerke, die nach dem Umweltverständnis der »Freiburger« Auslaufmodelle waren, wurden von der Gesamtpartei als notwendige Technologie bis zur Produktionsreife erneuerbarer Energien akzeptiert.

In der sozialliberalen Regierung konzentrierte sich die FDP darauf, zu bremsen und zu korrigieren. Dass die Koalition noch bis Anfang der achtziger Jahre hielt, lag vor allem an der Uneinsichtigkeit der Union in der Entspannungspolitik. Und an CSU-Chef Franz Josef Strauss und dessen rüden Attacken. Seine Kanzlerkandidatur 1980 zögerte die Trennung von den Sozialdemokraten hinaus.

Zwei Jahre später wurde der von Genscher und Lambsdorff geplante Wechsel zur Union vollzogen. Für die Linksliberalen war dies ein Schock. Viele Mitglieder verließen die Partei. Andere, unter ihnen Günter Verheugen, Ingrid Matthäus-Maier, Helga Schuchardt und Andreas von Schoeler, traten zur SPD über. Und wieder andere, wie Hildegard Hamm-Brücher, Burkhard Hirsch oder Gerhart Baum, blieben ihrer Partei treu, teilweise frustriert und wohl wissend, dass ihr Einfluss auf die Richtung der Liberalen auf ein Minimum geschrumpft war. Erst recht in einer Partei, die im Laufe der langen Ära Kohl zum Erfüllungsgehilfen des Kanzlers degenerierte. »Leute, die geblieben sind,« erinnert sich Hildegard Hamm-Brücher, »hatten ein schweres Leben in der FDP«.

Im Oktober 2006, 35 Jahre nach dem Freiburger Parteitag, schrieb SPD-Chef Kurt Beck in einem Namensartikel in der ZEIT, das Programm lese sich »über weite Strecken wie eine hochaktuelle Kritik am Neoliberalismus und seinem verengten Freiheitsverständnis.« Gerhart Baum, der frühere Bundesinnenminister, nahm diesen Gedanken auf und betonte, eine Rückbesinnung auf die damaligen Thesen »wäre lohnend, vielleicht sollte ich sagen: zwingend.« Das Freiburger Papier tauge auch in Zeiten der globalisierten Weltwirtschaft »als Richtschnur für die politische Anstrengung – jedenfalls mehr als der verengende FDP-Slogan »Sozial ist, was Arbeit schafft«.



Peter Pragal (*1939)
war Politischer Korrespondent der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG, des STERN und der BERLINER ZEITUNG.
peterpragal@aol.com